Deutschland

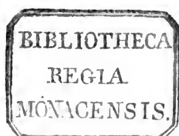
eine Trias?

[G. Th. Stichling]

Berlin.

Verlag von Veit und Comp.

1851.


BIBLIOTHECA
REGIA
MONACENSIS.

Die Geschichte des deutschen Staatenvereins in den letzten hundert Jahren ist zugleich eine Geschichte des abwechselnden gegenseitigen Anziehens und Abstoßens der beiden deutschen Hauptmächte, je nachdem zeitenweise entweder die gegenseitige Eifersucht dieser Großstaaten, oder aber ein gemeinsamer Zweck, die Bekämpfung der von beiden gleich gefürchteten Revolution, überwog. Das aber haben diese beiden divergirenden Motive Gemeinsames von jeher gehabt und heutzutage noch, daß sie in ihrem Schooße die Möglichkeit einer Zweitheilung Deutschlands tragen.

Schon das deutsche Reich war seit Friedrichs des Großen Zeit so zusammengesetzt, daß die faktischen Verhältnisse auf eine Zweitheilung seiner Bestandtheile unter österreichische und preußische Uebermacht hinzuweisen schienen. Dohm schildert in dieser Beziehung die Lage seiner Zeit mit folgenden Worten:

„Die Häuser Oesterreich und Brandenburg waren schon lange aus der Gleichheit so sehr herausgetreten, daß sie dem Reichsverbande und dessen Gesetzen nur insofern treu verblieben, als sie es ihrem Vortheil gemäß befanden, oder als sie die Verfassung zum Werkzeug eigener Vergrößerung gebrauchen konnten, so daß, bei der Ohnmacht des Reichs, den Eingriffen des Einen dieser Uebermächtigen nur die Kraft des Andern entgegengesetzt werden konnte. Nicht zu verkennen war, daß, wenn beide sich miteinander verständen, alle Uebrigen von ihnen unterjocht werden konnten, bei den

1*

Zwisten jener aber diesen nur die Wahl blieb, für den Einen oder Andern sich aufzuopfern. Die Reichsstände hingen weit weniger von den Gesetzen ab, als, je nachdem es ihre Lage erforderte, die einen von Oesterreich, die andern von Preußen. Gegen diese vereinten beiden Mächte war der deutsche Staatskörper nicht im Stande, sich zu behaupten. Bei Erwägung dieser Umstände schien es schon damals Vielen rathsamer, einem so unsichern Zustand ein Ende zu machen und das in viele kleine Staaten zertheilte deutsche Volk zu zwei großen Massen zu vereinigen, welche äußern Schutz und Kraft zum innern Wohlstande zu gewähren vermöchten."

Die Ausführung solchen Plans aber, in sich schwierig, wie jede Alteration des europäischen Staatensystems, unterblieb; — von Seiten Friedrichs des Großen, dessen Zeit und Kraft vor Allen solch einer That günstig gewesen wäre, hauptsächlich wohl aus dem Grunde, weil seine Pläne in der That weiter reichten. Abweichend von den Rathschlägen Mancher, die ihm nahe standen, genügte ihm solch eine Theilung nicht. Seiner Idee eines deutschen Fürstenbundes wider Oesterreichs Uebergriffe lag keinesweges blos die Absicht eines norddeutschen Separatbündnisses zu Grunde. Sein Plan faßte das ganze nicht österreichische Deutschland ins Auge, indem er den Zweck des Fürstenbundes dahin präcisirte, „die Rechte, Freiheiten und Besitzungen aller deutschen Staaten, ohne Unterschied der Religion, überhaupt die Reichsverfassung gegen Angriffe des Reichsoberhaupts zu sichern." In den Grenzen der Reichsverfassung selbst, die ja den Bestrebungen der einzelnen Glieder so großen Spielraum, dem Kaiser so geringe Macht gewährte, wollte er Oesterreich die Herrschaft über das außerösterreichische Deutschland abgewinnen. Und war dies nicht der vortheilhaftere ungefährlichere Weg? Er verlieh ihm den Nimbus eines Beschützers der deutschen Freiheit, er wendete ihm das Vertrauen der deutschen Fürsten und Völker zu und hielt ihn zugleich fern von den Schwierigkeiten, denen eine Theilung Deutschlands nicht blos bei allen denjenigen, welchen die Rechtsfor-

men des alten Reichs altehrwürdig waren, sondern ganz besonders auch bei den außerdeutschen Groß-Staaten begegnet sein würde.

Die Geschichte des Fürstenbundes ist bekannt. Er löste sich auf in eine entente cordiale zwischen Preußen und Oesterreich, als Beide durch einen gemeinsamen Feind — die Revolution, die damals den Kontinent zum ersten Male erschütterte — wieder zusammengeführt wurden.

Als im Jahre 1806 das deutsche Reich zerfiel, waren Oesterreich und Preußen ihrer selbst so wenig sicher, daß sie an eine Machtvergrößerung im Ernste nicht denken konnten. Preußen zwar schien seinerseits das Mögliche versuchen zu wollen und ergriff die Idee eines norddeutschen Bundesstaats unter seiner kaiserlichen Oberherrlichkeit, welche Napoleon nach Stiftung des Rheinbundes in Süddeutschland ihm als einen beschwichtigenden und lockenden Köder hinwarf, mit unverholener Begierde. Aber hinter dem Rücken zog Napoleon selbst wieder den Köder weg, indem er in Dresden und Kassel dagegen operirte; der norddeutsche Bund kam nicht zu Stande, und mit Riesenschritten folgte ein Ereigniß dem andern, das Napoleon zum Herrn auf deutschem Boden machte und jedes Vergrößerungsgelüste Oesterreichs und Preußens verstummen hieß.

Nachdem aber diese beiden Staaten sich aus ihrer Erniedrigung wieder emporgeschwungen hatten, der Friede Europas wiederhergestellt war und es sich nun darum handelte, an der Stelle des zerfallenen Gebäudes ein neues zu errichten, da regte sich wiederum der Gedanke der Zweitheilung Deutschlands. Hören wir, was in dieser Beziehung Klüber*) aus jener Zeit uns mittheilt. „Es konnte in Frage kommen", sagt er, „ob nicht die geographisch-politische Lage der deutschen Staaten sie zu zwei Staatensystemen bestimme? Etwa zu einem süddeutschen und einem norddeutschen, beide getrennt

*) Uebersicht der diplomatischen Verhandlungen des Wiener Kongresses rc. Erste Abth. S. 124. fg.

und unabhängig von einander und von jeder fremden Macht. Selbst für den Fall, wenn Oesterreich und Preußen mit ihren deutschen Staaten dem Bunde beitreten würden, war diese Frage wichtig. In dem einen wie in dem andern Falle eröffnete sich die Aussicht auf politische Einwirkung der Mächtigen, im Frieden wie im Kriege; einer Einwirkung, deren kleinere und mittlere Staaten sich nie ganz entäußern können. Dachte man sich vollends einen Krieg dieser Mächtigen unter sich, der, wenn auch auf lange Zeit nicht wahrscheinlich, doch immer möglich blieb, so mußte in solchem die augenblickliche Trennung eines Staatenbundes, welcher alle kleineren und mittleren deutschen Staaten umfaßt, ohne Widerrede mehr als möglich erscheinen; gleichviel ob jene Mächtigen selbst, mit einem Theile ihrer Staaten, dem Bunde angehörten oder nicht. In dem Kriege reißt die Gewalt unaufhaltsam Alles mit sich fort, was nicht durch angemessene Gewalt vertheidigt wird."

„Mußte die Erwägung eines Krieges der genannten Art auf die Idee einer alsdann, selbst bei vorausbedungener Neutralität, kaum vermeidlichen Trennung eines alle deutschen Staaten umfassenden Bundes leiten, so durfte man immerhin sich bedachtsam die Frage vorlegen: ob es nicht politisch besser sei, zwei deutsche Staatenvereine zu bilden als Einen? ob nicht die Bildung zweier Staatenvereine für ihr Fortbestehen eine sicherere Bürgschaft verheiße als die Gründung eines einzigen?"

Indessen es kam nicht so weit.

Der Pariser Friede hatte „die Vereinigung aller deutschen Staaten durch ein föderatives Band" entschieden. Allerdings zeigte es sich bei der Ausführung dieser sehr allgemein gehaltenen Bestimmung auf dem Wiener Kongresse, daß die österreichischen und preußischen Staatsmänner in diesem föderativen Bunde nur die schonendste Form für eine Zweiherrschaft Oesterreichs und Preußens in Deutschland fanden. In einer Note vom 22. Oktober 1814 an den Grafen Hardenberg sagt der Fürst Metternich: „das neue Friedenssystem muß gegründet werden auf eine richtige Vertheilung der Kräfte un-

ter den Mächten und auf die engste Vereinigung zwischen Oesterreich und Preußen, verstärkt durch einen deutschen Staatenbund, der unter dem gleichen Einfluß beider Staaten steht, ohne daß Deutschland darum aufhört, einen einzigen politischen Körper zu bilden 2c." Und in einer Note vom 16. Dezember 1814 theilt Fürst Hardenberg vollständig die Ansicht Oesterreichs, daß „als Grundlage der neuen Gestaltung das vollständigste Gleichgewicht der Protektionen und Einflüsse Preußens und Oesterreichs über Deutschland, namentlich auch in Bezug auf die beiderseitigen Vertheidigungssysteme angenommen werden müsse." Ja es ist nach den Berichten der ersten preußischen Bundestags-Gesandten v. Haenlein und W. v. Humboldt vom 6. Juli und 17. August 1816, welche durch die bekannte Indiskretion des ehemaligen Sekretairs bei der preußischen Bundestags-Gesandtschaft, Kombst, öffentlich bekannt geworden sind, nicht mehr zu bezweifeln, daß Oesterreich selbst auf dem Wiener Kongresse noch im Stillen Preußen Hoffnung auf eine auch äußerlich mehr bezeichnete Gleichstellung desselben mit Oesterreich gemacht hat. Es muß dabei sogar von einer deutschen Kaiserwürde Oesterreichs und einer deutschen Königswürde Preußens, verbunden mit einer förmlichen Theilung der Gewalt in Nord- und Süddeutschland, die Rede gewesen sein. Als aber Preußen diese Aussichten in Frankfurt weiter verfolgen wollte, schützte Oesterreich die Unmöglichkeit vor, solch einem Plane bei den übrigen Bundesgliedern Eingang zu verschaffen, schlug selbst das Abwechseln im Präsidium ab, und Preußen gab sich zufrieden, als W. v. Humboldt in dem angezogenen Berichte den Trost gab: da in einem Bunde Gleichberechtigter die Direktion überhaupt nicht viel zu sagen habe, so würde die Mitdirektion mit der Eifersucht, die sie unausbleiblich bei Oesterreich und den Anderen erwecke, zu theuer erkauft sein. Es bewendete also von 1815—1848 bei demjenigen Einflusse beider Großstaaten auf Deutschland, welcher durch ihre natürliche Ueberlegenheit bedingt war.

Das Jahr 1848, das die Bundesverfassung stürzte, trug

im Schooße seiner umwälzenden Erschütterungen wiederum den Keim der Möglichkeit, die Pläne Friedrichs des Großen zu verwirklichen und somit der Theilung Deutschlands unter Oesterreichs und Preußens Fahnen auf immer vorzubeugen. Aber die deutsche Kaiserkrone, die im Frühjahr 1849, während Oesterreich in Ungarn noch um seine Existenz rang, nach Berlin getragen ward, fand dort kein Haupt und keine Stätte, und die darauf von dort ausgegangenen Versuche, auf anderer Basis im Wesentlichen dasselbe Ziel zu erreichen, führten nur dazu, Deutschland in zwei feindliche Lager zu spalten, in denen sich ein Theil der Kleinstaaten um Preußen, die Mittelstaaten um Oesterreich schaarten, gleichwie ein Vorspiel dauernder Zweitheilung. Und selbst jetzt, wo seit fast drei Jahren zum ersten Male wieder sämmtliche deutsche Staats-Regierungen zu einem Kongresse vereinigt stehen, der ein neues Deutschland schaffen will, selbst jetzt wird vielfach die Vermuthung laut, daß eine Theilung der neuen Bundes-Exekutive zwischen Oesterreich und Preußen allein einen Schritt weiter in der Zweitheilung Deutschlands führen werde.

Und in der That scheint fast ein solcher Verlauf unserer vaterländischen Schicksale durch den bisherigen Entwickelungsgang des deutschen Staatenverhältnisses angezeigt zu sein, der uns folgende Richtung zeigt:

In den letzten fünfzig Jahren des deutschen Reichs ein Dualismus seiner beiden mächtigsten Glieder, trotz der Oberhauptswürde Oesterreichs und der blos kurfürstlichen Stellung Brandenburgs; beide trotz dieser Verschiedenheit ihrer Stellung rivalisirend in der Gewinnung des größern Einflusses auf die übrigen Glieder des Reichs.

Nachdem, hierdurch gelockert, das Reich sich aufgelöst hat, sehen wir Oesterreich und Preußen im Wesentlichen als „gleichberechtigt" in den neuen Bund treten und somit das Verhältniß beider, wie es sich schon zu Reichszeiten faktisch gestaltet hatte, nun auch rechtlich anerkannt; der Bund überläßt den beiden deutschen Großstaaten, gleichen Einfluß auf die übrigen Bundesglieder als Erste unter Gleichen zu ge-

winnen, — aber ohne geographische Abgrenzung, nach Art des „ungetheilten Miteigenthums", mochte jeder von beiden an jedem Bundesgliede seine Macht versuchen. Während Preußen auf dem Wege der Zolleinigung sein Ziel verfolgte, strebte Oesterreich ihm auf dem Felde der staatsrechtlichen Politik mit gleichem Erfolge nach.

Nachdem wir nun abermals an die Schwelle eines neuen Stadiums der Entwickelung innerhalb der alten Fugen gerückt sind, könnte der nächste Schritt vorwärts auf der bisher eingehaltenen Bahn, falls ein Schritt vorwärts überhaupt gethan werden soll, allerdings zu einer Art „getheilten Miteigenthums", zu einer geographischen Abgrenzung des etwa in der Bundes-Exekutive sich ausprägenden Dualismus Oesterreichs und Preußens führen; und somit drängt sich allerdings jetzt mehr als je die Frage auf:

> ob es nicht rathsam und möglich wäre, solch einer Spaltung Deutschlands, die, einmal bewirkt, schwerlich je wieder rückgängig werden würde, durch eine Dreitheilung dergestalt vorzubeugen, daß, während Oesterreich allein, und Preußen allein je einen Faktor des weiteren Bundes bilden, die übrigen deutschen Staaten, zu einer bundesstaatlichen Einheit zusammengeschlossen, als solche den dritten selbstständigen Faktor in dieser Trias hinzufügten?

eine Frage, die einer um so ernsteren Prüfung werth erscheint, je mehr in neuester Zeit Einzelne aus ihr zugleich willkommenen Stoff geschöpft haben, um auch den kleinen Staaten einen Vorwurf daraus zu machen, daß die Entwickelung der deutschen Verfassungsangelegenheit einen so beklagenswerthen Gang genommen habe.

Ist es wahr, daß die Vergangenheit eine Lehrerin der Zukunft ist, so richten wir billig unsere Blicke zurück auf das, was in gleicher Richtung bereits früher versucht worden ist.

Der erste derartige Gedanke fällt in die Zeit, wo Preußen alle seine Kräfte anspannte, nicht blos um sich mit Ge-

bietsvergrößerung zu stärken, sondern auch um Oesterreich den Primat in Deutschland zu entwinden. Die Eroberung Schlesiens war ihm gelungen, es war ihm gelungen, die deutsche Kaiserkrone nach mehr als hundertjährigem, fast schon für erblich gehaltenen Fortbesitze im Hause Habsburg auf das Haupt des baierischen Figuranten Karl VII. hinüber zu spielen. Aber der frühe Tod desselben vereitelte die Absichten Friedrichs des Großen, er brachte die deutsche Kaiserkrone wieder an das Haus Habsburg, und jener kurze Erfolg der preußischen Bestrebungen ließ nur die Wirkung zurück, daß Oesterreich deutlich die Gefahren kennen gelernt hatte, die ihm von Preußens Emporkommen drohten. Um sie ein- für allemal zu beseitigen, reifte in Wien der Entschluß, Preußen zu zermalmen. Das war die Bedeutung des siebenjährigen Krieges. Aber Preußen ging ehrenvoller und stärker als je aus diesem Kriege hervor, und wer bürgte unter solchen Umständen dafür, daß ein gleicher Kampf um gleichen Preis sich nicht wieder erneuern werde?

Und in der That ließ ein neuer Anlaß, einen wiederholten Zusammenstoß Oesterreichs und Preußens zu besorgen, nicht lange auf sich warten. Oesterreich, schon seit längerer Zeit auf allmälige Verwandlung seiner kaiserlichen Oberhoheit in wirkliche Territorialherrschaft bedacht und namentlich den Erwerb Baierns wünschend, benutzte das im Jahre 1777 erfolgende Erlöschen des einen Stammes des Wittelsbachschen Hauses, der das Kurfürstenthum Bayern mit der Oberpfalz besaß, zu dem bekannten Versuche, diese Länder trotz der Hausgesetze und des auf sie gestützten agnatischen Protestes an sich zu bringen. Die Bestürzung, die Sorge der deutschen Reichsfürsten vor gleichem Schicksal war allgemein. Während aber in solcher Lage der Dinge die hoffenden Blicke der Meisten sich auf Preußen richteten, reifte in dem Kopfe des Freiherrn von Schlieffen, Ministers des Landgrafen von Hessen-Kassel ein anderer Gedanke.

Schlieffen stand die Verwüstung lebhaft vor der Seele, in welche durch jene Kämpfe Preußens und Oesterreichs um die Herrschaft in Deutschland auch andere deutsche Länder ge-

rissen worden waren, und so ging sein ernstes Trachten dahin, die Wiederkehr solch unwillkürlicher Mitleidenheit zu verhüten. Er glaubte dies dadurch erreichbar, daß die anderen deutschen Fürsten sich verbänden, künftig an den Kriegen zwischen Oesterreich und Preußen schlechterdings keinen Antheil zu nehmen, sondern sofort gegen den sich zu wenden, der Theilnahme würde erzwingen oder sonst die deutsche Verfassung würde anfeinden wollen. Die Verbündeten sollten zu diesem Zwecke, um ihrem Entschluß Nachdruck zu verleihen, beständig ein ihren Kräften angemessenes wohlgerüstetes Heer in schlagfertiger Bereitschaft halten und durch gut geordnete Finanzen sich die Mittel verschaffen, es ohne fremde Unterstützung, da nöthig, geraume Zeit hindurch gebrauchen zu können; sie selbst sollten jede Beeinträchtigung Anderer, besonders Eines der beiden Uebermächtigen, sorgsam vermeiden, aber wachsam beobachten, wenn irgend eine solche versucht würde, und zu diesem Zwecke ein fortdauerndes vertrautes Einverständniß unterhalten. Weder an Preußen noch an Oesterreich sollten sich die deutschen Fürsten anschließen, sondern, unbefangen von den Zwisten der beiden Uebermächtigen, zwischen ihnen mitten inne stehen, ihre Entschlüsse nach eigener Einsicht von der Wirklichkeit und Größe der Gefahr, welche Deutschlands Freiheit von der einen oder andern Seite bedrohe, nehmen, nicht aber sich zum Werkzeug des Einen oder Andern hergeben und dadurch der größten von allen Gefahren aussetzen, daß vielleicht beide durch gemeinsame Unterwerfung der Mindermächtigen sich versöhnten.

Schlieffens Plan, obwohl den Wünschen und Ansichten Vieler in damaliger Zeit begegnend, und vom Landgrafen selbst mit Lebhaftigkeit ergriffen und persönlich weiter verfolgt, kam gleichwohl nicht zur Ausführung. Man sage nicht, er sei daran gescheitert, daß damals auf Preußens Thron ein Friedrich der Große saß, der es für seinen Beruf erkannte, noch im späten Alter, krank und lebensmüde, das Schwert gegen Oesterreichs Unbill wider Baiern zu ergreifen, und bald die meisten deutschen Fürsten um sich schaarte.

Schlieffens Plan war nicht oder wenigstens bei Weitem nicht allein daran gescheitert, daß Friedrichs des Großen Persönlichkeit, die jederzeit das Bedürfniß und Geschenk des Augenblicks richtig zu erfassen verstand, ein stärkerer Magnet war, als irgendwo sonst zu finden sein mochte. Nein, Schlieffens Plan war schon vorher gescheitert, und er wäre jedenfalls gescheitert, auch wenn kein Friedrich der Große damals die Krone Preußens getragen hätte. Er scheiterte, abgesehen von gegenseitigem Mißtrauen und mannigfacher Eifersucht, an einem tieferen, bleibenden Grunde, an dem Zweifel der Regierungen, ob ein solcher Bund mindermächtiger Staaten inmitten rivalisirender Großmächte sich zu behaupten und gedeihlich zu entwickeln vermöge. Er scheiterte daran, daß die kleineren deutschen Fürsten aus diesem Grunde, selbst bei innigerer Vereinigung, das Bedürfniß des Anlehnens an eine wirkliche Großmacht empfanden. So kam, statt des Schlieffenschen, der Fürstenbund zu Stande, in welchem sich die meisten nord- und süddeutschen Fürsten an Preußen anschlossen. —

Als nun das deutsche Reich, in sich schon lange morsch und zertreten, im Jahre 1806 sich auch äußerlich auflöste, kam nunmehr zwar, da Oesterreich und Preußen von Napoleon völlig niedergehalten wurden, unter desselben Mannes Protektorate, unter dem Namen des Rheinbundes jener bekannte Bund der mindermächtigen deutschen Fürsten zum Abschluß, dessen Stiftung ein nicht viel anderer Zweck als jenem Schlieffenschen Projekte insofern zu Grunde lag, als auch er dazu bestimmt war, Preußen und Oesterreich zu isoliren und in Schach zu erhalten. Aber wie kam er zu Stande und was für ein Leben fristete er! Er war — um mit wenigen Worten Alles zu sagen — ein für neue, von Napoleons Gnade verliehene, Titel und Würden aus deutschem Material dienstfertig gebildetes Werkzeug des Auslandes gegen Deutschlands heiligste Interessen! Seine Geschichte ist in zu schmählichem Andenken, als daß es mehr bedürfte als den bloßen Namen dieses Bündnisses zu nennen. Auf Napoleons Geheiß

entstanden, zerfiel es mit Napoleons Macht und mit dem wiedererwachten, siegreichen Nationalgefühl.

Aber selbst im Schooße des deutschen Bundes, der demnächst an seine Stelle trat, ruhte der Schlieffensche Gedanke nicht unausgesprochen. Wohl konnte er innerhalb der Bundesformen nur in einer mit diesen Formen an sich nicht unverträglichen Weise nach Verwirklichung streben, aber es gab eine Richtung, in welcher dies denkbar war, und sie wurde schon in den ersten Jahren der Bundesexistenz verfolgt. Es war dies die Sphäre der Militärorganisation des Bundes, und der Mann, der mit diesem Plan hervortrat, war der Würtembergsche Bundestags-Gesandte, Freiherr v. Wangenheim.

Als in den ersten Jahren des Bundes die Feststellung der Militairverfassung eine Hauptaufgabe war, trat bald die Verschiedenheit der Richtungen in der Bundestags-Politik der beiden deutschen Großmächte einerseits und der mittleren deutschen Staaten andererseits hervor. Während allseitig ausgesprochen wurde, daß „der Souverainetät der einzelnen Bundesstaaten die vollkommenste Würdigung zu Theil werden müsse", ging man doch bei der Anwendung dieses Grundsatzes anscheinend sehr verschiedene Wege: die mittleren Staaten suchten sich in Betreff der Wahl und Zusammensetzung der einzelnen Armeekorps, zu denen ihre Truppen stoßen sollten, möglichste Freiheit „mit Rücksicht auf geographische und verwandtschaftliche Verhältnisse" zu sichern, Oesterreich und Preußen dagegen diese Freiheit in einer Weise zu beschränken, welche die Absicht auf eine Abgrenzung der deutschen Staaten in ein Nord- und in ein Süddeutschland, mit andern Worten „die Idee der Mainlinie" durchblicken ließ. Am augenfälligsten ward diese Tendenz durch den Vorschlag des Ausschußberichts, die beiden Hessen nicht, wie sie gewünscht und erklärt hatten, zu Einem Armeekorps (dem 8ten) zu vereinigen, sondern auseinander zu halten und Kurhessen dem 9ten, Hessen-Darmstadt dem 8ten Armeekorps einzuverleiben. Dies verstieß gegen die Pläne nicht blos der beiden Hessen, sondern auch Würtembergs, das mit jenen, mit Baden und mit Hes-

sen-Homburg, Hohenzollern, Lichtenstein und Frankfurt zusammen jenes 8te Armeekorps zu bilden beabsichtigte, an dessen Spitze es augenscheinlich einen größern Einfluß und eine gewisse Selbstständigkeit im südwestlichen Deutschland zu erlangen hoffte. Der Würtembergsche Bundestags-Gesandte, Freiherr v. Wangenheim, trat daher in einer besonderen Denkschrift, in welcher er diesen Plan seiner Regierung namentlich auch aus strategischem Gesichtspunkte zu vertheidigen suchte, gegen den unter Oesterreichs und Preußens Einfluß entstandenen Ausschußvorschlag auf, und aus der Art, wie er es that, leuchtet hervor, daß es sich hierbei wieder um einen Versuch im Schlieffenschen Sinne handelte. Doch hören wir ihn selbst. In seiner Denkschrift hatte Herr v. Wangenheim folgendermaßen raisonnirt:

„Wenn der Bund als Macht gelten und wirken soll, „muß der Schein vermieden werden, als ob es leicht wäre, „Deutschland in zwei Theile, etwa in ein Nord- und Süd-„Deutschland, zu trennen, und als ob eine große Anzahl „seiner Glieder unter einen aufgedrungenen und zugleich in „eine gewisse Regel gebrachten Einfluß der mächtigen Staaten „gestellt werden könne.“

„Die Grundlage und Bürgin des ganzen deutschen Bun-„des ist das Princip der Rechtsgleichheit: ohne diese hört „der Bund auf, ein Bund zu sein; und ohne eine reelle „Bürgschaft für die richtige Anwendung dieses Princips muß „an die Stelle des Bundes ein System der Unterordnung „treten.“

„Wie das System der Rechtsgleichheit von den mäch-„tigsten Bundesstaaten in Beziehung auf die inneren Ange-„legenheiten des Bundes ruhmvoll gehandhabt worden ist, so „darf man die Anerkennung desselben auch in Beziehung auf „die äußeren Angelegenheiten, d. h. in Beziehung auf Krieg „und Frieden, und auf die Mittel, jenen in steter Beziehung „auf diesen, anzufangen, zu führen und zu beendigen, mit „unbedingtem Vertrauen erwarten.“

„Soll die Anwendung dieses Princips auch in den äuße-

„ren Verhältnissen möglich, soll die Rechtsgleichheit nicht blos „theoretisch, sondern auch praktisch anerkannt werden und „sich wirksam äußern können: so müssen die mindermäch„tigen Bundesglieder einen verhältnißmäßigen Antheil auch „an den Kriegsoperationen und an dem Erfolge derselben „erhalten."

„Das einzige Mittel aber, ihnen diesen rechtmäßigen „Antheil und Einfluß zu sichern, liegt darin, daß die minder„mächtigen Staaten ihre geringeren Kräfte vereinigen und in „dieser Kraftvereinigung jede relative Selbstständigkeit sichern „dürfen, ohne welche sie auf der einen Seite aufhören wür„den, Glieder eines freien Bundes zu sein, auf der andern „Seite aber Gefahr laufen mußten, den kriegerischen Geist, „den die große Schule der nächsten Vergangenheit in ihnen „geweckt hat, wieder einzubüßen."

„Nicht blos von demjenigen Gleichgewichte, welches „Deutschland zur Erhaltung seines Staatenbundes begehren „darf, ist aber hier die Rede: denn man darf es in keinem „Augenblick vergessen, daß unser Vaterland im Herzen Eu„ropas liegt und daß das System des europäischen Gleichge„wichts, welchem wir die vorherrschende Kultur unseres Welt„theils verdanken, seine Basis in Deutschland findet. Deswegen „muß Deutschland auch dem Auslande nie und nimmer wieder „als ein bloßes Accidens von der Kraft einzelner europäischer „Staaten erscheinen können."

„Aus diesen Sätzen folgerte ich, daß die militairische „Organisation des deutschen Staatenbundes ein unverkenn„bares Gepräge seiner Selbstständigkeit an sich tragen müsse; „daß kein aus den Kontingenten der Mindermächtigen zu„sammengesetztes Korps unter 30,000 Mann stark sein dürfe; „daß Sachsen nicht isolirt, daß die Mainlinie gebrochen wer„den sollte; daß also die Truppen von Kurhessen mit denen „vom Großherzogthum Hessen vereinigt und diese dem wür„temberg-badenschen Korps zugetheilt, mithin die, auf 3½ „oder gar auf 4 kombinirte Korps gerichteten Eintheilungs„plane abgelehnt werden dürften."

„Jede politische und militairische Scheidewand, welche „zwischen Süd= und Norddeutschland aufgeführt oder geduldet „wird, erleichtert die Trennung, und nur die Vermischung „und Verbindung der mindermächtigen Staaten kann sie „hindern.“

„Die Einheit Deutschlands sucht und findet ihre Ga= „rantie ausschließlich in dem gleichgewichtigen und gleichzei= „tigen Einflusse von Oesterreich und Preußen; dieser aber „kann nicht erhalten werden, wenn von den mindermäch= „tigen Bundesstaaten ein Theil unter dem Einflusse dieses, „der andere unter dem Einflusse jenes Staats vorzugsweise „steht.“

„Denn, wenn Oesterreich und Preußen dahin kämen, „sich den gleichzeitigen und gleichgewichtigen Einfluß auf „Deutschland jemals streitig zu machen, und die Mindermäch= „tigen wären unverbunden, so würde jeder derselben als „Trabant nur seiner Sonne folgen müssen, und die deutsche „Sonne, die in der Einheit von Oesterreich und Preußen auf= „gegangen war, ginge unter. Wären aber die Mindermäch= „tigen verbunden, so könnten und würden sie in die euro= „päische Wagschale ein Gewicht legen, das der Auflösung „jener Einheit kräftig entgegen arbeitete.“

So der würtembergische Bundesgesandte. Baiern, Ba= den und die beiden Hessen traten dem Würtembergischen Stre= ben nach Durchbrechung der Mainlinie bei, aber — ohne Erfolg! Sachsen neigte sich mit einem sogen. konciliatorischen Vorschlage, der aber im Grunde nichts anderes als der öster= reichische war, auf die Seite, die an sich schon die stärkere war, auf die Seite Oesterreichs und Preußens; man beschul= digte Herrn v. Wangenheim, „einen Bund im Bunde gegen den Bund“ stiften zu wollen, und Herr v. Blittersdorf agirte (nach Wangenheims eigener Erzählung) schon damals hierbei als „Kakodaemon.“

Umsonst führte Wangenheim in zwei Schreiben an den Fürsten v. Metternich aus, daß er nur die Veranlassung zur Ausbildung eines Bundesstaatsrechts habe geben wollen, zu

dessen Gründung nur erst die Elemente vorhanden seien; daß er nichts verlange als eine relative, d. h. eine solche Selbstständigkeit der mindermächtigen Bundesglieder, die zwar einerseits jeder, durch den Einfluß der Uebermächtigen im Bunde möglicher Weise herbeigeführten, Störung der Harmonie mit Erfolg entgegentrete, andererseits jedoch nie die Höhe erreichen dürfe, auf welcher sie absolut werden und also selbst das Gleichgewicht stören könne. Umsonst berief er sich darauf, daß das Recht der Bundesglieder, Bündnisse — dafern sie nur nicht gegen den Bund gerichtet seien — unter sich zu schließen, in dem Artikel 11. der Bundesakte noch aus der alten Reichsverfassung ausdrücklich herübergetragen und aufrecht erhalten sei. Beide Schreiben blieben unerwidert; die stumme Antwort aber war die Bundes-Militairverfassung von $18\frac{18}{21}$, welche bekanntlich bei der Zusammensetzung der drei kombinirten Armeekorps die Mainlinie streng zu Grunde legte, indem sie das 10te lediglich aus den norddeutschen Mittel- und Kleinstaaten, das 8te ausschließlich aus den nicht-baierischen und nicht-österreichischen Staaten Süd-Deutschlands, also mit Ausschluß von Kurhessen formirte, und dieses letztere dagegen dem 9ten oder mitteldeutschen Armeekorps zutheilte, welches vom Riesengebirge bis nach Holland in einem langgedehnten schmalen Streifen sich hinziehend, das Königreich Sachsen, Thüringen, Kurhessen, Nassau und Luxemburg umfaßte; — wir sagen: „umfaßte“, denn im Jahre 1830 ist diese Bundes-Militairverfassung bekanntlich noch mehr im Sinne der beiden deutschen Großmächte und gegen den Wangenheimschen Plan einer kompakten Einigung der Militairkraft des s. g. „reinen Deutschlands“ dahin geändert worden, daß aus allen diesen drei gemischten Armeekorps fast durchweg die kleinsten Staaten ausgeschieden und ohne alle Rücksicht auf geographische Lage zu einer besonderen, zur Besetzung der Bundesfestungen Mainz, Luxemburg und Landau bestimmten Reserve-Division von 10,932 Mann vereinigt worden sind, so daß sie also jetzt in bei Weitem überwiegenden Maaße der Wehrkraft der Mittelstaaten entzogen und der-

2

jenigen der beiden Großstaaten hinzugethan erscheinen, da nur der kleinste Theil dieser Reservetruppen, 2291 Mann in Landau, unter dem Befehle eines baierischen Generals steht.

Also die Wangenheimsche Operation zu Gunsten des reinen Deutschlands mißglückte vollständig. Aber dies genügte dem siegenden Theile nicht; der Versuch, „einen Bund im Bunde gegen den Bund" stiften gewollt zu haben, wurde als ein so hartes Verbrechen angerechnet, daß eine „Epuration" des Bundestags durchaus nöthig erschien. Umsonst auch für sein persönliches Schicksal hatte Herr v. Wangenheim jene ausführlichen Schreiben an den Fürsten Metternich gerichtet. Er wurde von seinem eigenen Hofe desavouirt und zurückberufen. Die berühmte Epuration des Bundestags trat ein, und Ruhe und strenge Mannszucht kehrten in seine Hallen zurück.

Aber das Verlangen der Mittelstaaten, durch Bildung eines kompakten Corpus innerhalb des Bundes zu irgend einem Zwecke den Grund zu einer gewissen Selbstständigkeit zu legen, war damit keineswegs entschlafen; es war nur aus der einen Richtung verdrängt und suchte bald in einer andern seine Befriedigung. Diese neue Richtung war die der Zoll- und Handels-Einigung.

Nachdem im Jahre 1819 der bekannte, meistens aus süddeutschen Fabrikanten und Staatswirthen zusammengesetzte, hauptsächlich durch Fr. Lists Bemühungen in Nürnberg zu Stande gekommene Handelsverein sich die Aufgabe gestellt hatte, der traurigen Zerrissenheit, in welcher damals das deutsche Handels- und Gewerbswesen niederlag, ein Ende zu machen, traten zu gleichem Zwecke im Jahre 1821 die süd- und mitteldeutschen Staaten, mit Ausnahme von Sachsen, durch Bevollmächtigte in Darmstadt zusammen.

Damals handelte es sich darum: gegenüber den abgeschlossenen Grenzen des österreichischen und des preußischen Zollsystems entweder ein drittes der übrigen deutschen Staaten zu stiften oder an das preußische sich anzuschließen. Gegen letzteres sträubte sich natürlich jenes nie erstorbene Selbststän-

digkeitsverlangen der mittleren Staaten; also suchte man in Darmstadt ein drittes Zollsystem zu gründen. Aber das Kind hatte nicht Lebenskraft genug, um sich zu erhalten. Hessen-Darmstadt ward bald (im Jahre 1827) zu Preußen hinübergezogen und mit ihm zerfiel die ganze Frucht des Darmstädter Kongresses.

Nur Baiern und Würtemberg blieben in vertragsmäßiger Einigung, die übrigen süd- und mitteldeutschen Staaten schwammen wie lose Brocken im Meere der deutschen Handelswelt umher, angezogen bald von Preußen, bald von Baiern-Würtemberg. Da trat ein neues Projekt auf. Was in Darmstadt mißlungen war, suchte man nun von Dresden aus durchzuführen. In Oberschöna, einem Gute des sächsischen Ministers v. Carlowitz, wurde im März 1828 zwischen diesem und zwei Thüringischen Ministern der Plan zu einem s. g. mitteldeutschen Handelsverein verabredet, der zunächst die bisher unverbundenen nord- und mitteldeutschen Staaten umfassen, jedoch, um nach keiner Seite hin zu nahe zu treten, nur als ein „neutraler" Bund sich zwischen das preußische und das baierisch-würtembergische Zollsystem stellen und eigentlich blos ein Schutzmittel gegen beide sein sollte, indem ein Hauptzweck des Bundes darauf gerichtet war, daß „kein Glied „des Vereins ohne Beistimmung des ganzen Vereins mit „einem auswärtigen Staate in einen Zoll- oder Mauthverband „sollte treten dürfen." Nun begann ein sehr reges Wirken an den mitteldeutschen Höfen, an denen namentlich auch der damalige sächsische Bundestags-Gesandte v. Lindenau herumreiste, um sie für jenes Projekt zu gewinnen. Von besonderer Wichtigkeit war hierbei Kurhessen, die Brücke einerseits zwischen den beiden Theilen der preußischen Monarchie und andererseits zwischen Nord- und Süddeutschland. Es gelang, diesen Punkt zu gewinnen, und Kassel ward als der Ort gewählt, wo noch in demselben Jahre die Bevollmächtigten der beigetretenen Staaten den Fundamentalvertrag wirklich abschlossen, der nunmehr Hannover, Bremen, Oldenburg, Sachsen, Kurhessen, Thüringen, Braunschweig, Nassau und Frankfurt zu

einem mitteldeutschen, auf freien innern Verkehr gerichteten Handelsbunde vereinte. Auch kam es zwischen ihm und dem baierisch-würtembergschen System zu einer Annäherung; aber — siehe, da traf ihn schon im Jahre 1831 derselbe Todesstoß, der im Jahre 1828 den Darmstädter Verein getroffen hatte, und zwar wieder von einer hessischen Hand. Wie damals Hessen-Darmstadt, so löste jetzt Kurhessen, ebenfalls von Preußen gewonnen, sich ab und trat dem preußischen Zollsystem bei. Umsonst eiferte Oesterreich und der Norden Deutschlands dagegen. Die vollendete Thatsache war stärker als das Vertragsrecht des mitteldeutschen Handelsvereins. Mit dem Abfall Kurhessens aber war dieser selbst total gesprengt und (bis auf die norddeutschen Mittel- und Kleinstaaten) trat ein Glied desselben nach dem andern dem preußischen Zollverbande bei, mit welchem selbst Baiern und Würtemberg sich vereinigten.

Somit war auch auf diesem Felde der Versuch der mittleren und kleinen Staaten Deutschlands, sich zu einem dritten Faktor neben Oesterreich und Preußen zu einigen, völlig mißglückt.

Und so wird jeder ähnliche Versuch mißlingen, weil die Macht der wirklichen Verhältnisse widerstrebt. Unter dieser Macht der wirklichen Verhältnisse verstehen wir die Beziehungen namentlich der kleineren deutschen Staaten zu Preußen oder Oesterreich, Beziehungen, welche seit Jahrhunderten gebildet, genährt und befestiget, nicht blos auf der Macht der Erinnerungen, nein, auch auf wirklicher Verwandtschaft des materiellen, geistigen und namentlich auch religiösen Lebens und Standpunktes, vor Allem aber, bei den kleinen Staaten, auf dem gefühlten Bedürfnisse beruhen, zur Ergänzung ihrer unzureichenden Kräfte sich für alle Fälle an eine wirkliche Macht anzuschließen, an eine Macht, um deren Schutz allein es sich zu verlohnen scheint, einen Theil der eigenen (wenn auch nur formalen) Selbstständigkeit zu opfern.

Und die mittleren Staaten? Sie, die trotz der augenfälligsten bitteren Lehren des Frühjahrs 1849 auch jetzt noch

so gern im Wahne eigener Selbsterhaltungskraft sich wiegen, sie werden zwar jenes Bedürfniß des Anlehnens an eine größere Macht nimmer so offen wie die kleinen Staaten anerkennen, im Gegentheil werden sie stets in der ängstlichen Fürsorge, ihre eingebildete „Selbstständigkeit" vor der Uebermacht Oesterreichs und Preußens zu wahren, auf das Innigste mit einander harmoniren, aber — nur im Principe! Denn wiederum ewig eifersüchtig und mißtrauisch unter einander, und darum unfähig, auch nur im Mindesten sich gegenseitig unterzuordnen, werden sie auch bei dem vollständigsten principiellen Einverständniß doch schwerlich je ein Bündniß zu Stande bringen, das wesentlich mehr als ein polnischer Reichstag wäre.

Und wäre es denn zu wünschen, daß solch ein drittes s. g. „reines" Deutschland zu Stande käme? Was für ein Wesen könnte das wol werden?

Zuvörderst dürfen wir seine Tüchtigkeit und Dauerhaftigkeit schon darum bezweifeln, weil wir gesehen haben, wie schon allein seinem äußern Zustandekommen so viele widerstrebende Elemente im eignen Innern entgegentreten, daß es nur einmal, im Jahre 1806, und damals nur auf den allmächtigen Befehl desselben Eroberers gelang, der gleichzeitig Oesterreich und Preußen mit eiserner Faust darnieder hielt. Ist nun an sich schon ein so außergewöhnlicher Zustand nicht in den Bereich einer bleibenden Berechnung zu ziehen, so ist noch weniger seine Wiederkehr zu wünschen, im Interesse des s. g. reinen Deutschlands wahrlich ebenso wenig, wie in dem Oesterreichs und Preußens. Aber auch abgesehen hiervon und angenommen, ein solches drittes Deutschland käme wirklich ohne Verrath am Ganzen zu Stande, welchen Halt, welche Lebenskraft, welche Einigkeit würde es in seinem Schooße tragen? Der leidige Unterschied der Religion, der wie ein Pfahl im deutschen Fleische wühlt, die alte — materielle und psychische — Entfremdung zwischen Nord und Süd, die durch kein gemeinsames Zollsystem in diesen engen Grenzen zu mildern wäre, dazu die bekannten dynastischen Eifersüchteleien und Vergrößerungs-

gelüste der mittleren Königreiche, die voraussichtlich eine stete Opposition der kleinen Staaten hervorrufen würden, alle diese divergirenden Elemente, durch keine imponirende Leitung, durch keinen Großstaat, der diese Gegensätze in seinem eigenen Innern bereits zu versöhnen gestrebt und in der That versöhnt hätte, an der Spitze des Ganzen zusammengehalten — alle diese unversöhnten divergirenden Elemente wären eben so viele bleibende Keime einer Zwietracht, aus welcher ein fruchtbringendes organisches Leben sich nimmermehr würde zu entwickeln vermögen.

Und zu diesen, in dem eigenen innern Wesen dieses Bundes begründeten Keimen der Zerrissenheit träte nun noch die unausbleibliche Einwirkung von Außen. Hin- und hergezogen nicht blos von Oesterreich und Preußen, nein ganz besonders auch vom Auslande, das ja von jeher die Zertheilung und Schwächung Deutschlands möglichst gefördert hat und sicherlich auch solch eine organisirte Zerrissenheit bestens fördern möchte, würde dieses „reine" Deutschland der unreinste Tummelplatz ausländischer Intriguen, eine bequeme, eine stete Handhabe für Frankreich, Rußland und England sein, zur Einmischung in Deutschlands innere Angelegenheiten, um jede gedeihliche innere Entwickelung und Kräftigung sofort im Keime zu ersticken. Ja selbst die Hoffnung, bei den Kriegen Oesterreichs und Preußens neutral und unberührt bleiben zu können, wäre eine Täuschung. Denn kann ein so unselbstständiges Wesen, wie unserer Meinung nach dies „reine" Deutschland es sein würde, überhaupt nie sagen: „Das will ich" und „das will ich nicht", zumal es, auch wenn man sich den weiteren Bund noch so lose dächte, immerhin wenigstens in einem Schutz- und Trutzbündnisse mit Preußen und Oesterreich stehen würde, so ist es überhaupt eine Chimäre, für möglich zu halten, daß bei Kriegen der deutschen Großstaaten und namentlich Preußens das übrige Deutschland unberührt und frei von jeder Mitleidenheit bleiben könne. So weit ist Deutschland, besonders das ganze nicht-österreichische Deutsch-

land, durch Lage und Zusammenleben, durch die verschiedensten materiellen und geistigen Beziehungen, troß aller Mängel der äußeren Form, denn doch allmälig zu Einem lebendigen Gesammtkörper in einander gewachsen, daß unmöglich die eine Hälfte gesund und unergriffen bleiben kann, wenn die andere in Kampf und Krisis liegt. Nein, unaufhaltsam wird sie mit hineingerissen durch die unwiderstehliche Macht der Verhältnisse, die stärker ist als alle ausgeklügelte Theorie.

Wir also glauben und wünschen, daß auch jetzt die etwanigen Machinationen, ein drittes Deutschland zu gründen, erfolglos in sich selbst versinken werden; — wir glauben aber auch zunächst noch nicht an eine Zweitheilung Deutschlands in wesentlich ausgeprägterer Gestalt als im Bunde von 1815 liegt. Denn ist einmal Friede das Losungswort der deutschen Großmächte, so kann es auch nicht in ihrer Absicht liegen, das europäische Staatensystem, in welchem die Bundesverfassung von 1815 ein wesentliches Glied bildet, irgendwie zu alteriren. Stellt man sich aber auf den Standpunkt solch eines friedlichen Begegnens der beiden deutschen Großmächte unter einander und den anderen Großmächten Europa's wie den übrigen deutschen Staaten gegenüber, so muß man die Bundesverfassung von 1815, soweit sie die Vertheilung der Machtverhältnisse im Bunde zum Gegenstande hat, für eine equilibristische Nothwendigkeit, d. h. für das nach allen **diesen** Rücksichten hin **allein Mögliche** erkennen. Wir können daher nicht glauben, daß jetzt, wo diese Rücksichten wieder die vorherrschenden, ja die alleinherrschenden geworden sind, und so lange sie es sind, in solcher Beziehung etwas wesentlich Anderes, als die Erneuerung der alten Bundesverfassung für das gesammte Deutschland zu Stande kommen werde. Die mittleren und kleinen Staaten Deutschlands sind der Mörtel, der die zwei großen Steine Oesterreich und Preußen verbindet — so lange diese zwei letzteren zugleich auch durch das Gesetz der Schwere zusammengehalten werden. Hört dies

Gleichgewicht wieder einmal auf, ohne daß sich wieder ein zweites Ollmütz findet, dann allerdings wird der Mörtel entweder an Einem Steine ganz, oder auch — getheilt an beiden haften bleiben!

Geschrieben im Dezember 1850.



Gedruckt bei Julius Sittenfeld in Berlin.



